



Veröffentlichung von Meinungsumfragen

LSAP fordert modernere Gesetzgebung

Politik 2

Sodrugestvo Group

Top15-Agrarkonzern nun in Luxemburg

Finanzjournal 9

Insolventes Bauunternehmen Mängen

Missmanagement führte zum Super-GAU

Politik 4



EU

40 Milliarden an Bürokratiekosten einsparbar

Eine Expertengruppe unter dem Vorsitz des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) hat in Brüssel Vorschläge zum Bürokratieabbau in einem Volumen von 40 Milliarden Euro vorgelegt. Der Bericht wurde am gestrigen Dienstag an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso übergeben und bestätigt Befürchtungen, bei der EU handele es sich um ein Bürokratiemonster: Die 40 Milliarden könnten allein durch eine effizientere Umsetzung bestehenden EU-Rechts umgesetzt werden, heißt es in dem 75-seitigen Schreiben.

Barroso lobte in Brüssel, der Bericht enthalte „beeindruckende Beispiele für eine intelligente Umsetzung von EU-Recht, so dass es seine positive Wirkung voll entfalten kann, ohne durch überflüssige Verwaltungslasten auf nationaler Ebene beeinträchtigt zu werden“.

Wie Barroso appellierte auch der deutsche Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) in Berlin, die Mitgliedsstaaten sollten diese Empfehlungen nun prüfen und anwenden. Der Koordinator für Bürokratieabbau der Bundesregierung, Staatsminister Eckart von Klæden (CDU) erklärte, die im Bericht erwähnten Beispiele zeigten, „dass Deutschland bei der bürokratiearmen Umsetzung von EU-Recht einer der Vorreiter in Europa ist“.

In Luxemburg wird bekanntlich schon seit vielen Jahren an einer Vereinfachung des Verwaltungsaufwands gearbeitet - bislang ohne Erfolg... [dapd/LJ](#)



Photo: LJ

Nach der Freigabe des neuen Rettungspakets

Gemischte Gefühle in Griechenland



Vor allem die Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen werden wohl neue Opfer bringen müssen

Photo: AP

Die Griechen haben die Nachricht von der Freigabe des neuen Rettungspakets mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Dem Land dürfte damit zwar der Staatsbankrott im März erspart bleiben, doch nach jahrelanger Rezession, Rekordarbeitslosigkeit, Gehaltskürzungen und Steuererhöhungen kommen auf die Griechen neue Opfer zu.

„Es passiert nicht jeden Tag, dass 100 Milliarden Euro Schulden abgeschrieben oder Kredite über 130 Milliarden Euro beschlossen werden“, schrieb die griechische Zeitung „Ta Nea“ in einem Leitartikel. „Es wird neue Opfer und Schwierigkeiten geben, vor allem für die Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen. Wir müssen darauf hoffen, dass diese neue Periode auch eine Chance für Wachstum und bessere Perspektiven ist.“

Gewerkschaften protestieren weiter

Bei vielen Griechen überwiegt aber angesichts der ohnehin schon harten Zeiten die Skepsis. Denn das gestern freigegebene Rettungspaket ist bereits die zweite finanzielle Rettungsleine, die den Griechen innerhalb von zwei Jahren zugeworfen wird, und so lange dauern auch schon die Sparmaßnahmen der Regierung an. Die Einigung in Brüssel bereite ihr keine Freude, sagte die Architektin Valia Rokou, denn der Bevölkerung würden immer weitere Kredite aufgeladen und es sei kein Ende in Sicht.

„Ich bin erleichtert, weil mein Land der unmittelbaren Gefahr entkommen ist, der es gegenüberstand“, sagte der Athener Anwalt Giorgios Sabalos gestern. Aber er habe auch die Sorge, dass die Forderungen der Geldgeber nach einer Änderung der Verfassung als Teil der Sicherheiten aus Athen überzogen seien. Das sei nicht mit dem Prinzip der Solidarität vereinbar, sagte Sabalos.

Widerstand gegen die weiteren Sparmaßnahmen, die Voraussetzung für das zweite Rettungspaket waren, kommt vor allem von den Gewerkschaften. Für den (heutigen) Mittwoch haben sie zu einer Demonstration vor dem Parlament in Athen aufgerufen. „Die Arbeiter in unserem Land weigern sich, die Unmenschlichkeit der härteren neoliberalen Maßnahmen zu akzeptieren, die uns von unseren Schuldnern auf erpresserische Weise aufgeladen wurden“, hieß es in einer Erklärung der Gewerkschaft GSEE am Montag. „Deshalb werden sie (die Arbeiter) ihren Kampf fortsetzen und verstärken (...) um die Zerstörung unserer Gesellschaft zu verhindern.“

Barroso: Chaos für Athen abgewendet

EU-Kommissionschef José Manuel Barroso hat das grüne Licht für die Rettung Athens seinerseits als „bedeutenden Schritt vorwärts für Griechenland und Europa“ gelobt. Die Eini-

gung in der Nacht zum Dienstag „schließt die Tür zu für eine unkontrollierte Pleite, die das Chaos für das Land und die Bevölkerung gebracht hätte“. Das Reformprogramm, zu dem sich die Hellenen im Gegenzug für die neuen Notkredite von 130 Milliarden Euro verpflichten, sei überfällig und werde das Wachstum zurückbringen, sagte Barroso. Eine Alternative dazu gebe es nicht.

Griechenland legt Termin für Tausch von Anleihen fest

Der im Rettungspaket für Griechenland vorgesehene Tausch von Staatsanleihen wird indes für den 12. März erwartet. Ende der Woche werde den privaten Gläubigern ein Angebot unterbreitet, sagte gestern ein Vertreter des griechischen Finanzministeriums. Am 9. März werde dann geprüft, ob mindestens 66 Prozent der Investoren auf das Angebot eingegangen seien. Dieser Anteil gilt als Minimum für einen erfolgreichen Tausch. Zuvor hatten sich die Finanzminister der Eurozone darauf geeinigt, dass die Privatgläubiger Griechenland 53,5 Prozent der Schulden erlassen sollen. Der Rest wird in neue Anleihen mit langer Laufzeit umgetauscht, die von den internationalen Geldgebern mit 30 Milliarden Euro abgesichert werden sollen. [dapd/LJ](#)

[Mehr Seite 3](#)

Editions Lëtzebuurger Journal s.a.

Postkëscht 2101, L-1021 Lëtzebuerg

Téléfon: 49 30 33-1

Fax: 49 20 65

E-mail Redaktioun:

journal@journal.lu

E-mail Service Annonces: annonces@journal.lu

www.journal.lu

Präis: 1,20 €

ISSN 15605906



02037

